

18. Göttinger Abwassertage 2018

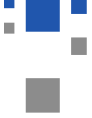
Der Anschluss- und Benutzungszwang

WEISSLEDER.EWER

Rechtsanwälte ■ Partnerschaft mbB

Prof. Dr. Marcus Arndt

Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Kiel



- I. Allgemeines
 1. Rechtsgrundlagen

Beispiel:

NKomVG

§ 13

Anschlusszwang, Benutzungszwang

Die Kommunen können im eigenen Wirkungskreis durch Satzung

1. für die Grundstücke ihres Gebiets den Anschluss

- a) an die öffentliche Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und die Fernwärmeversorgung,
- b) von Heizungsanlagen an bestimmte Energieversorgungsanlagen und
- c) an ähnliche dem öffentlichen Wohl dienende Einrichtungen

anordnen (Anschlusszwang)

sowie

2. die Benutzung

- a) der in Nummer 1 genannten Einrichtungen,
- b) der öffentlichen Begräbnisplätze und Bestattungseinrichtungen sowie
- c) der öffentlichen Schlachthöfe

vorschreiben (Benutzungszwang),

wenn sie ein dringendes öffentliches Bedürfnis dafür feststellen. Die Satzung kann Ausnahmen vom Anschluss- oder Benutzungszwang zulassen und den Zwang auf bestimmte Gebietsteile der Kommune und auf bestimmte Gruppen von Personen oder Grundstücken beschränken.

- I. Allgemeines
 1. Rechtsgrundlagen
 2. Begründung eines Anschluss- und Benutzungszwangs (ABZ)
 3. Voraussetzungen für die Begründung des ABZ

Beispiel:**NKomVG****§ 13****Anschlusszwang, Benutzungszwang**

Die Kommunen können im eigenen Wirkungskreis durch Satzung

1. für die Grundstücke ihres Gebiets den Anschluss

a) an die öffentliche Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und die Fernwärmeversorgung,

b) von Heizungsanlagen an bestimmte Energieversorgungsanlagen und

c) an ähnliche dem öffentlichen Wohl dienende Einrichtungen

anordnen (Anschlusszwang)

sowie

2. die Benutzung

a) der in Nummer 1 genannten Einrichtungen,

b) der öffentlichen Begräbnisplätze und Bestattungseinrichtungen sowie

c) der öffentlichen Schlachthöfe

vorschreiben (Benutzungszwang).

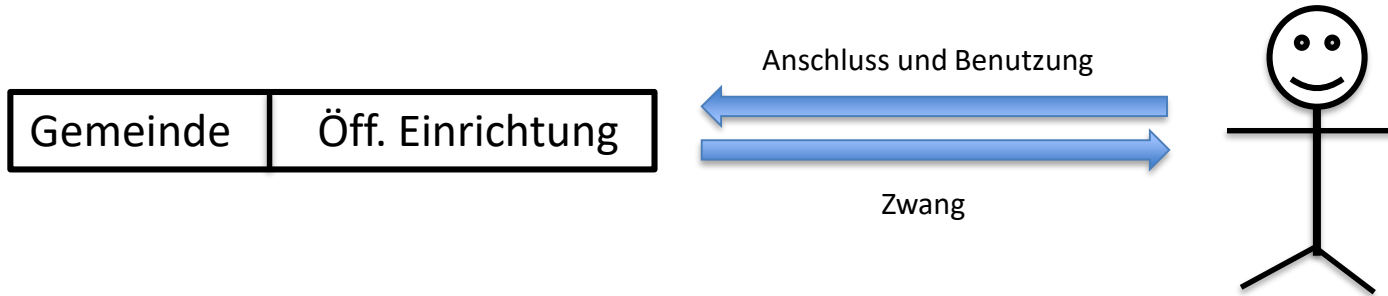
wenn sie ein dringendes öffentliches Bedürfnis dafür feststellen. Die Satzung kann Ausnahmen vom Anschluss- oder Benutzungszwang zulassen und den Zwang auf bestimmte Gebietsteile der Kommune und auf bestimmte Gruppen von Personen oder Grundstücken beschränken.

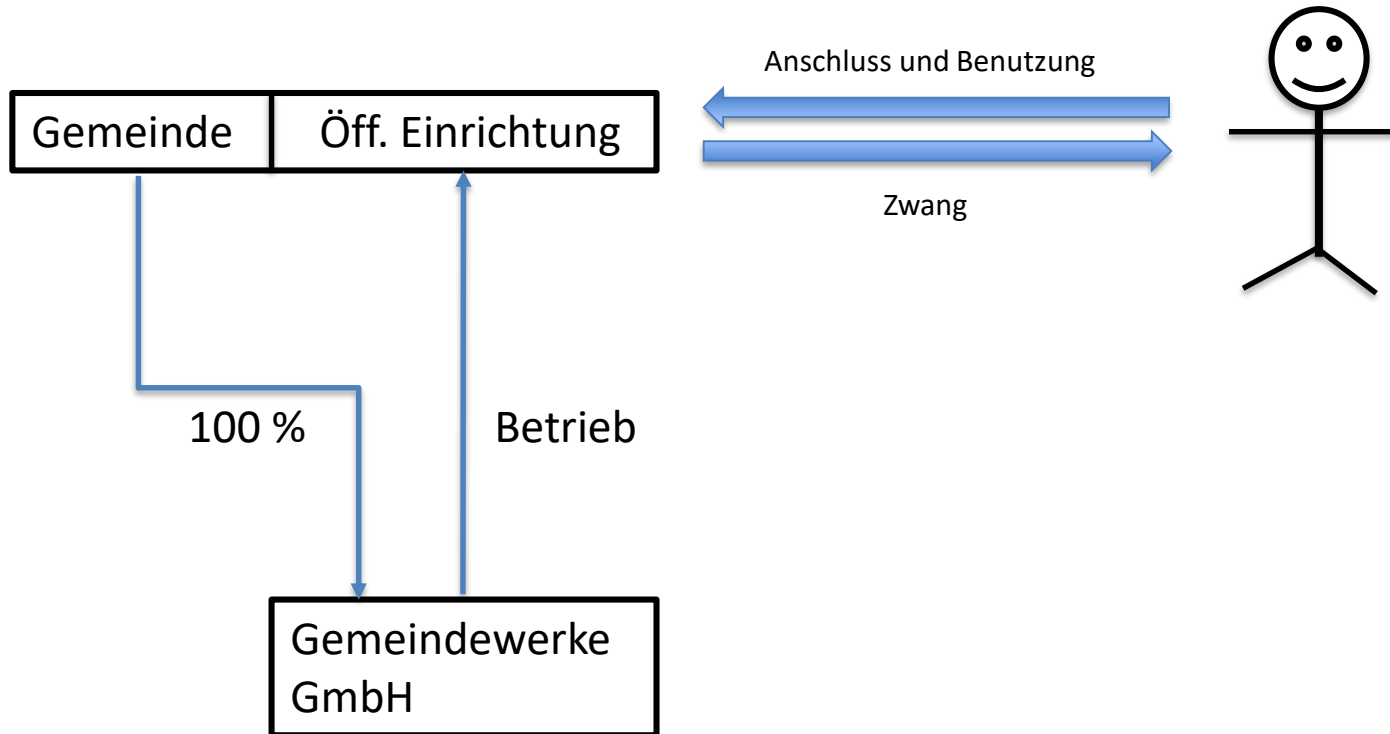
I. Allgemeines

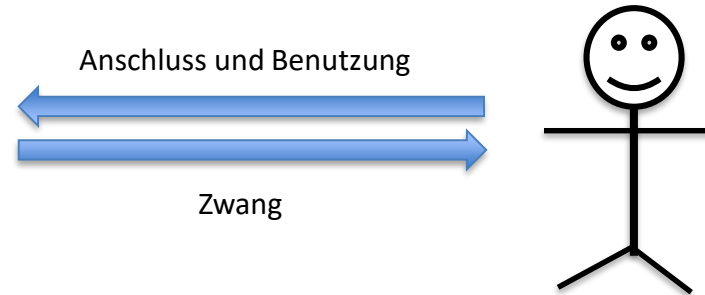
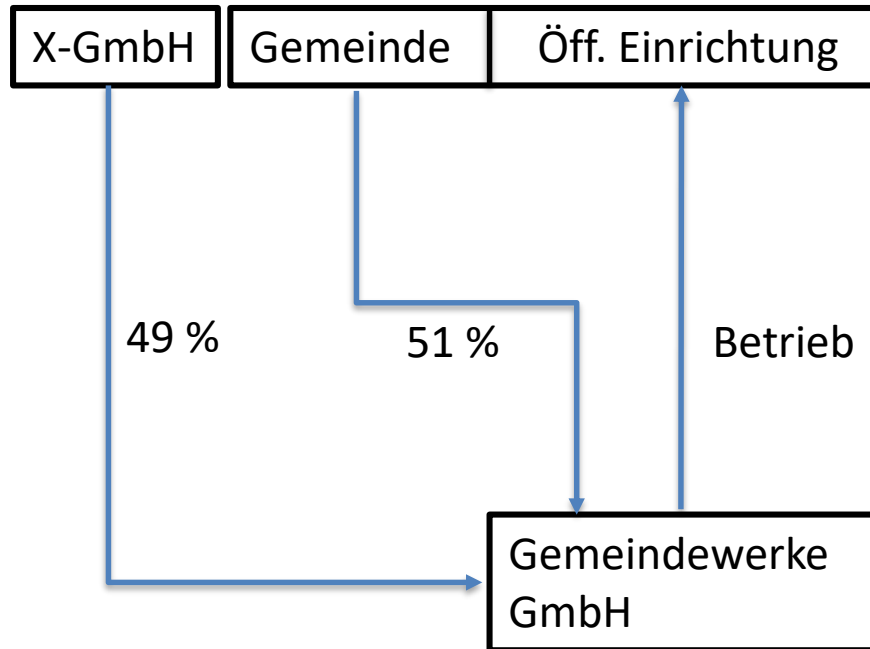
1. Rechtsgrundlagen
2. Begründung eines Anschluss- und Benutzungszwangs (ABZ)
3. Voraussetzungen für die Begründung des ABZ
4. Inhalt des ABZ
5. Befreiungen vom ABZ
6. Durchsetzung des ABZ

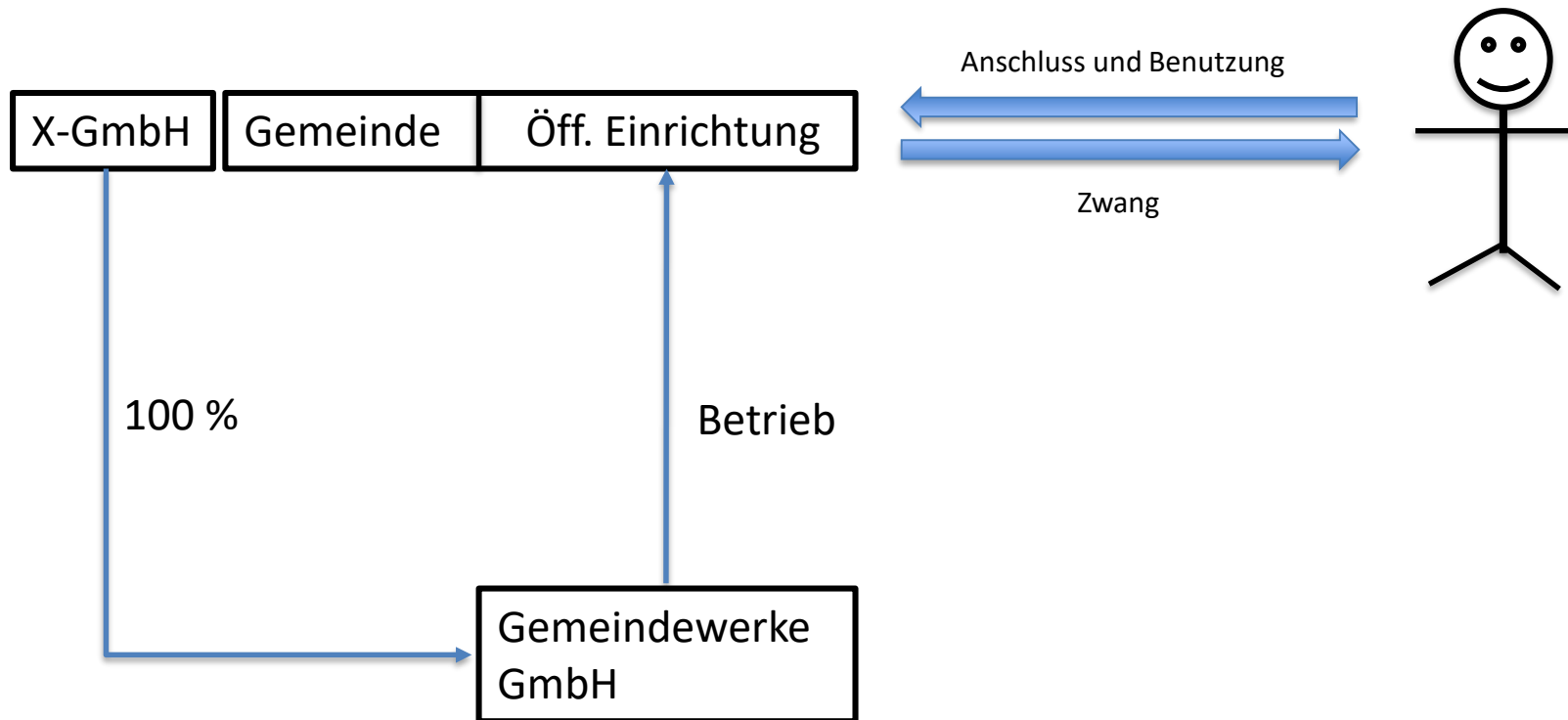
II. Besonderer Teil

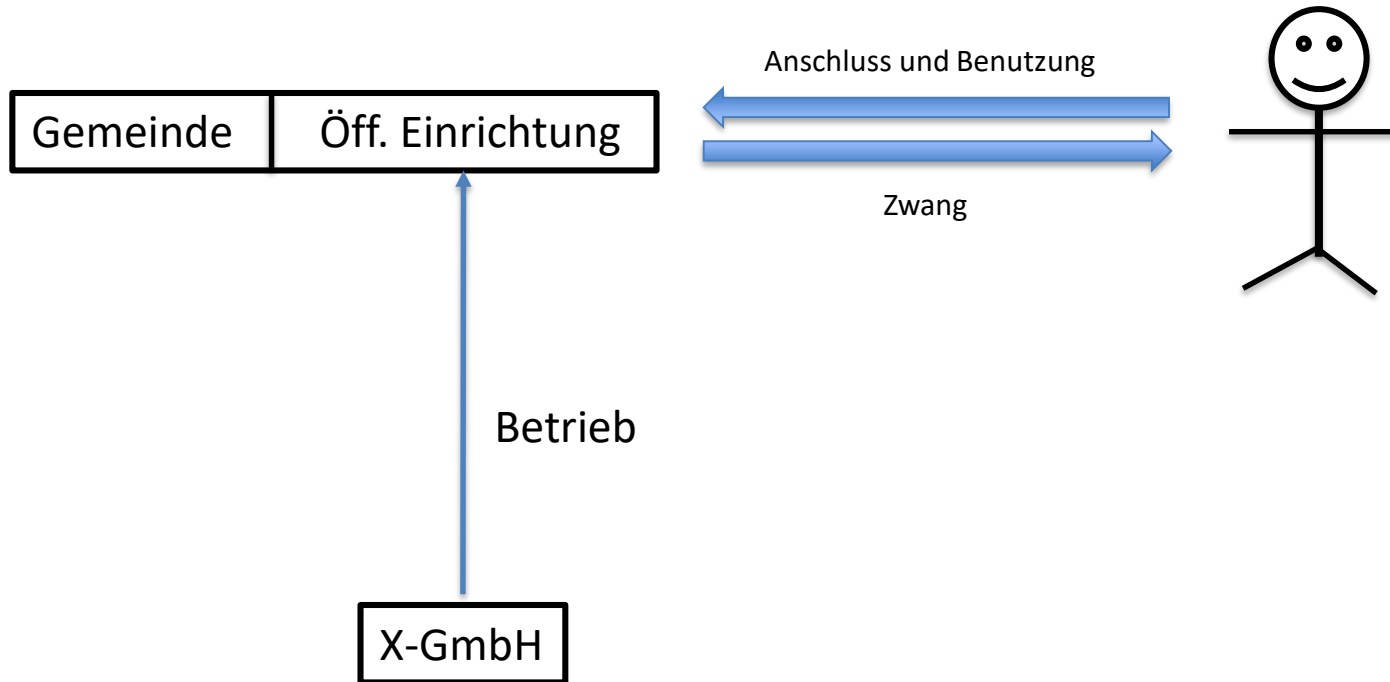
1. ABZ und Verhältnismäßigkeit
2. ABZ und Wasserrecht
3. ABZ und DIN 1986-30
4. ABZ zu Gunsten Dritter?



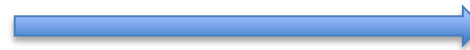




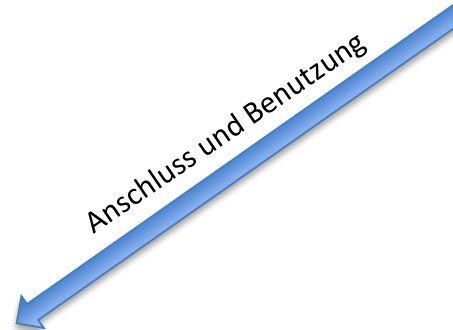
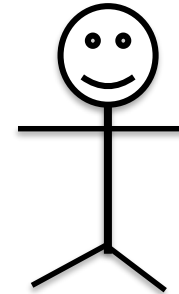




Gemeinde



Zwang



Anschluss und Benutzung

X-GmbH	Öff. Einrichtung
--------	------------------

I. Allgemeines

1. Rechtsgrundlagen
2. Begründung eines Anschluss- und Benutzungszwangs (ABZ)
3. Voraussetzungen für die Begründung des ABZ
4. Inhalt des ABZ
5. Befreiungen vom ABZ
6. Durchsetzung des ABZ

II. Besonderer Teil

1. ABZ und Verhältnismäßigkeit
2. ABZ und Wasserrecht
3. ABZ und DIN 1986-30
4. ABZ zu Gunsten Dritter?
5. ABZ und privatrechtliche Entgelte?

18. Göttinger Abwassertage 2018

Der Anschluss- und Benutzungszwang

WEISSLEDER.EWER

Rechtsanwälte ■ Partnerschaft mbB

Prof. Dr. Marcus Arndt

Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Kiel